LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/2292

A06, A18

INSTITUT FÜR ÖKONOMIE UND ÖKUMENE

Kritische Kommentare zum EU – MERCOSUR Freihandelsabkommen

Das Freihandelsabkommen EU-MERCOSUR ist ein klares Beispiel für den negativen Einfluss von Nord-Süd-Asymmetrien. Industriegüter aus der EU können bis zu 90% Zollfreiheit erhalten. Profiteure dieses Zollabbaus sind vor allem Unternehmen aus den Bereichen Chemie, Maschinenbau und Automobilindustrie.

Das Abkommen zementiert die Produktion von genmanipulierten Agrarprodukten und den damit verbundenen Einsatz von Pestiziden in Argentinien und Brasilien. Dieser Aspekt wurde vor allem von nichtstaatlichen Umweltorganisationen in Europa deutlich kritisiert.

Insbesondere in den MERCOSUR-Ländern, die stark von Agrarexporten abhängig sind, wird die Ausweitung des Ackerbaus auf Kosten der einheimischen Wälder gefördert. Diese neue Situation könnte die ökologische Krise verschärfen. Durch die Ausweitung von Ackerflächen kommt es immer wieder – wie auch in jüngster Zeit geschehen – zur Vertreibung von indigenen Gemeinschaften. Die Missachtung der Rechte der im Amazonasgebiet lebenden indigenen Gemeinschaften wird durch das Abkommen nicht in Frage gestellt.

Das Kapitel über die Nachhaltigkeit im Abkommen ist so schwach, dass es nicht dazu beiträgt, die notwendige Balance zwischen Wirtschaftsinteressen und Umweltschutz zu bewahren. Es ist eher ein Abkommen, das darauf ausgerichtet ist, den Handel zu stimulieren, ohne die ökologischen Folgen zu berücksichtigen und ohne sich an der Agenda 2030 auszurichten.

Es handelt sich nicht nur ein Freihandelsabkommen. Mit Hilfe der Vereinbarung wird auch der Handel mit Dienstleistungen, Patente, der Investitionsschutz und das öffentliche Beschaffungswesen nach neoliberalem Muster für Großunternehmen freigegeben. Für die MERCOSUR-Länder war das Assoziierungsabkommen ein Rückschritt beim Versuch, ihr Wirtschafts- und Finanzsystem souverän zu gestalten und zu regulieren, wie die meisten EU-Mitgliedsländer dies machen.

Entgegen der Versprechungen ist es nicht sicher, dass das Abkommen die Handelsbilanz des MERCOSUR verbessern wird, wie seine eifrigsten Förderer behaupten. Die positiven Auswirkungen auf die Handelsbilanz werden von der Zunahme der Agrarexporte abhängen. Die Gefahr einer weiteren Deindustrialisierung der Volkswirtschaften des MERCOSUR ist damit nicht kleiner geworden. Das geht in der Regel mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen einher. Auf der anderen Seite haben einige europäische Länder wie Frankreich bereits ihren Widerstand gegen die Erhöhung der Agrarexporte des MERCOSUR angekündigt.

Das argentinische Monitoring-Institut für Beschäftigung, Produktion und Außenhandel (ODEP) hatte bereits vor den Risiken des Freihandels mit der Europäischen Union gewarnt: Eine Studie dieses Think-Tanks warnte, dass durch die Senkung der Zölle 186.000 Arbeitsplätze im Industriesektor gefährdet sind. Und 47.000 dieser Verluste würden auf sensible Sektoren wie Möbel, Textilien, Schuhe und Lederwaren entfallen.

Alle MERCOSUR-Länder sind derzeit mit ernsthaften Problemen von Auslandsverschuldung konfrontiert. Die Auswirkungen des Abkommens auf die kurzfristige Schuldentragfähigkeit sind schwer einzuschätzen. Die Szenarien des IWF gelten in solchen Fällen als übertrieben optimistisch und haben in der Vergangenheit für böses Erwachen gesorgt. Bei einer langfristigen Deindustrialisierung und Kapitalliberalisierung könnte sich die Situation der Auslandsverschuldung, insbesondere für Argentinien, verschlechtern.

Das Abkommen behindert jeden Versuch, nationale Transformationsprozesse in Richtung einer nachhaltigen, integrativen und ökologischen Entwicklung einzuleiten. Entwicklung ist mit den Strategien internationaler Konzerne verbunden, die in der Regel auf Kosten von Umwelt, Arbeitsplätzen und Menschenrechten gehen.

Das Abkommen folgt in fast allen ausgehandelten Aspekten der gleichen Logik der asymmetrischen Beziehung. Beide Wirtschaftsblöcke versuchten, eine Alternative zum Protektionismus à la Trump zu schaffen und streben ein extrem neoliberales Abkommen an. Im Falle Argentiniens passt diese Strategie nicht zu den Plänen der neuen Regierung. Dieser neuen argentinischen Regierung sind jedoch die Hände gebunden. Im Falle einer Ablehnung durch Argentinien wird das Abkommen von Brasilien unterstützt, so dass das Abkommen für die restlichen MERCOSUR – Länder aufrechterhalten bleibt. Diese Situation würde sich zersetzend auf den MERCOSUR auswirken.

Aus diesen Gründen unterstützen wir das Anliegen des Antrags 17/7370, dass sie die NRW-Landesregierung sich für einen Stopp des EU-MERCOSUR-Abkommens ausspricht und sich für eine Handelspolitik, die auf sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien, beruht, engagiert.

Dr. Pedro Morazán

Bonn, den 27.01.2020